

# Gemeinsames Handeln in Pandemie gefragt

## Diskussion | Politiker sehen Impfung als zentrale Säule der Infektionsbekämpfung

■ Von Birgit Heinig

**Villingen-Schwenningen.** »Corona ist eine demokratische Zumutung« – der Merkel-Satz war themengebend für eine politische Podiumsdiskussion mit Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region, zu der das Bildungszentrum Villingen zusammen mit der Evangelischen Erwachsenenbildung (EEB) und der Volkshochschule online eingeladen hatte. Die Landtagsabgeordneten Martina Braun (Grüne) und Guido Wolf (CDU), die Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei (CDU) und Marcel Klinge (FDP) sowie die SPD-Bundestagskandidatin Derya Türk-Nachbaur saßen auf dem virtuellen Podium, abgesagt hatte die inzwischen parteilose Landtagsabgeordnete Doris Senger und der Europaparlamentarier Andreas Schwab (CDU).

Die beiden Moderatoren Andreas Menge-Altenburger (Bildungszentrum) und Karin Nagel (EEB) führten durch ein eineinhalbstündiges Frage- und Antwortspiel, das nur wenige Kontroversen zu Tage förderte. Guido Wolf formulierte es so: »Wir sind uns grundsätzlich nicht uneinig«. Einig waren sich die Bürgervertreter darin, dass die Pandemie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur gemeinsam zu bewältigen sei, die Impfung als zentrale Säule der Infektionsbekämpfung gelte, die Bereitschaft, die staatlichen Reglementierungen anzuerkennen, aber zunehmend sinke und Vertrauen in die Politik verloren gehe. Er ver-

stehe den Unmut, teile ihn aber nicht, sagte Wolf. Nicht vergessen dürfe Politik indes, dass die Einschränkungen Eingriffe in die Freiheitsrechte seien und man »das Gespür dafür, was gerade passiert, nicht verliert«. Sich ergebende Widersprüche bei den Maßnahmen müsse man aber aushalten. Gleichwohl dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass jede Demonstration »links- oder rechtsradikal unterwandert« sei und kritische Menschen »sich im Rahmen der Meinungsfreiheit nicht mehr zu artikulieren trauen«. Beim »Überreagieren« der Politik mussten Gerichte schon eingreifen, für den Landes-Justizminister ein Zeichen dafür, dass der Rechtsstaat funktioniere.

Martina Braun wies auf die im Land geschaffene Möglichkeit der Bürgerbeteiligung zum Thema Corona hin. Fünf Bürgersitzungen seien bereits abgehalten und die Menschen gehört worden. Aufgabe der Politik sei es gerade, die Grundrechte zu achten und sich bei steigenden Infektionszahlen gleichzeitig den Kopf über die Frage zu zerbrechen, »sind wir schnell genug gegen das Virus und seine Mutanten?«. Schwerpunkte legte Braun auf die Situation der Kinder und Jugendlichen und der Long-Covid-Patienten, die noch Monate nach ihrer Genesung unter den Folgen leiden.

Thorsten Frei widersprach dem Eindruck, der Parlamentarismus sei in den Coronadebatten »unter die Räder gekommen«. Das vierte

Bevölkerungsschutzgesetz sei »ein gutes Gesetz« und er zweifle nicht daran, dass es vor dem Bundesverfassungsgesetz Bestand haben werde. Mit der Zahl der Impfungen nähere man sich der Herdenimmunität. Die »Infektionsfälle« durch Virus-Mutanten rechtfertige bis dahin aber die einschneidenden Maßnahmen, denn »die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens steht nicht zur Disposition«, so Frei.

Derya Türk-Nachbaur fühlt sich in einer »stabilen Demokratie«. Vertretbar sei es, dass das Parlament in Sachen Corona nicht seine übliche Rolle spielte, denn die Ministerpräsidenten genießen »höchste demokratische Legitimation«. Die Grundschullehrerin und Mutter schulpflichtiger Kinder beklagt zwar nicht die »verlorene Generation«, wohl aber, dass die CDU derzeit ein schulisches Zwei-Millionen-Aufholpaket blockiere. Außerdem offenba-

re die Pandemie ein weiteres gesellschaftliches Problem: In der Region gebe es »überproportional viel Armut«. Betroffene Menschen haben laut der SPD-Bundestagskandidatin ein um 75 Prozent erhöhtes Risiko, an Corona zu erkranken und zu sterben.

In seiner Rolle als Oppositionspolitiker nutzte Marcel Klinge das Podium für Kritik besonders an der Ausgangssperre. Er selbst zählt zu den Klägern dagegen. Er legte der Regierenden nahe, »handwerklich besser zu arbeiten« um mit »drakonischen Maßnahmen« vor der anstehenden Bundestagswahl nicht die »radikalen Ränder zu stärken«. In Sachen Demokratie habe sich das Land bisher in dies ganz gut geschlagen. Als Tourismuspolitischer Sprecher seiner Partei forderte er eine Öffnungsperspektive für die betroffenen Betriebe, darunter solche, die die staatliche November-Hilfe bis heute nicht erreicht habe.



Unter dem Titel »Corona und die Auswirkungen auf die Demokratie« diskutierten Landes- und Bundestagsabgeordnete der Region im Netz. Foto: Heinig